

VERTRAG ÜBER FREUNDSCHAFT, ZUSAMMENARBEIT UND GEGENSEITIGEN BEISTAND ZWISCHEN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK UND DER VOLKSREPUBLIK BULGARIEN (VOM 14. SEPTEMBER 1977)

Die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Bulgarien haben,

ausgehend von der brüderlichen Freundschaft und der allseitigen Zusammenarbeit, wie sie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus bestehen;

geleitet von dem Bestreben, ihre freundschaftlichen Beziehungen zum Nutzen beider Staaten und Völker sowie der Gemeinschaft der sozialistischen Länder umfassend weiterzuentwickeln, den gesetzmäßigen Prozeß der Schaffung einer immer größeren Gemeinsamkeit im politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben und damit die weitere Annäherung der sozialistischen Länder und Nationen zu fördern;

entschlossen, die politische und ideologische Zusammenarbeit und die sozialistische ökonomische Integration, die von entscheidender Bedeutung für gemeinsame weitere Erfolge sind, zu entwickeln und zu vertiefen;

geleitet von dem Streben, gemäß den vom proletarischen Internationalismus bestimmten Grundsätzen und Zielen der sozialistischen Außenpolitik, die günstigsten internationalen Bedingungen für die Errichtung des Sozialismus und Kommunismus zu gewährleisten;

dem Schutz der territorialen Integrität und Souveränität beider Staaten gegen jegliche Anschläge erstrangige Bedeutung beimessend;

entschlossen, die sich aus dem Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. Mai 1955 ergebenden Verpflichtungen konsequent zu erfüllen;

unentwegt und konsequent für die Festigung der auf der Gemeinsamkeit der Gesellschaftsordnung und der Endziele beruhenden Geschlossenheit aller Länder der sozialistischen Gemeinschaft eintretend;

bekräftigend, daß es die gemeinsame internationalistische Pflicht der sozialistischen Länder ist, die sozialistischen Errungenschaften, die von den Völkern in jahrzehntelangem Kampf und in aufopferungsvoller Arbeit geschaffen wurden, zu festigen, auszubauen und zu schützen;

in der festen Absicht, die weitere Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt zu fördern und ihren Beitrag dazu zu leisten, die kollektiv ausgearbeiteten Prinzipien der Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu verwirklichen und auf dieser Grundlage eine fruchtbringende und gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent zu entwickeln und allen entspannungsfeindlichen Kräften entschlossen entgegenzutreten;

die Tatsache berücksichtigend, daß die Deutsche Demokratische Republik, die die Grundsätze des Potsdamer Abkommens erfüllt hat, als souveräner unabhängiger sozialistischer Staat vollberechtigtes Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen geworden ist;

der weiteren Entwicklung und Vervollkommnung der vertraglichen Grundlage ihrer gegenseitigen Beziehungen große Bedeutung beimessend und unter Berücksichtigung der Veränderungen, die sich in Europa und in der Welt vollzogen haben;

geleitet von den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen;

beschlossen,

den vorliegenden Vertrag abzuschließen, und folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden in Übereinstimmung mit den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus auch künftig die Beziehungen der dauerhaften und unverbrüchlichen Freundschaft und der brüderlichen gegenseitigen Hilfe auf allen Gebieten festigen. Sie werden die allseitige Zusammenarbeit planmäßig und unentwegt entwickeln und vertiefen und einander allseitige Hilfe und Unterstützung gewähren auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der staatlichen Souveränität und Unabhängigkeit, der Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten.

Artikel 2

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden die materiellen und geistigen Potenzen ihrer Völker und Staaten für die Errichtung der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft und die Festigung der sozialistischen Gemeinschaft immer effektiver nutzen.

Sie werden in Übereinstimmung mit den Grundsätzen und Zielen der sozialistischen ökonomischen Integration und um die ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse ihrer Völker immer besser zu befriedigen, ihre zwei- und mehrseitige wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit weiter ausbauen und intensivieren, einschließlich der Zusammenarbeit im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe.

Beide Seiten werden die langfristige Koordinierung und Abstimmung der Volkswirtschaftspläne fortsetzen, die Spezialisierung und Kooperation in Produktion und Forschung erweitern, die beim sozialistischen und kommunistischen Aufbau gewonnenen Erfahrungen austauschen und zur Erhöhung der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion ein immer engeres Zusammenwirken ihrer Volkswirtschaften sichern.

Artikel 3

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden die Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Organen und den gesellschaftlichen Organisationen fördern und die Beziehungen auf den Gebieten der Wissenschaft und Kultur, des Bildungswesens, der Literatur und Kunst, der Massenmedien, des Films, des Gesundheitswesens, des Umweltschutzes, des Tourismus, der Körperkultur und des Sports sowie auf anderen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens entwickeln und vertiefen. Gleichzeitig werden sie die Kontakte zwischen den Werktätigen zum besseren gegenseitigen Kennenlernen und zur Annäherung beider Staaten und Völker fördern.

Artikel 4

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden die weitere Entwicklung der brüderlichen Beziehungen zwischen allen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft maximal fördern und stets im Geiste der Festigung ihrer Einheit und Geschlossenheit handeln.

Sie bekräftigen ihre Bereitschaft, die notwendigen Maßnahmen zum Schutz und zur Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften, der Sicherheit und Unabhängigkeit beider Länder zu treffen.

Artikel 5

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden sich auch in Zukunft konsequent für die volle Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung sowie für die Erweiterung und Vertiefung des Entspannungsprozesses einsetzen und alles tun, was in ihren Kräften steht, um den Krieg für immer aus dem Leben der Völker zu verbannen. Sie werden beharrlich dafür wirken, den Weltfrieden und die Sicherheit der Völker gegen Anschläge aggressiver Kräfte des Imperialismus und der Reaktion zu schützen. Sie werden konsequent für die Einstellung des Wettrüstens, die allgemeine und vollständige Abrüstung sowie die vollständige Beseitigung des Kolonialismus eintreten und die von kolonialer Unterdrückung befreiten Staaten bei der Stärkung ihrer Souveränität und nationalen Unabhängigkeit unterstützen.

Artikel 6

Die Hohen Vertragschließenden Seiten betrachten die Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen in Europa als wichtigste Voraussetzung für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit und bringen ihre feste Entschlossenheit zum Ausdruck, gemeinsam und im Bündnis mit den anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. Mai 1955 und in Übereinstimmung mit ihm die Unantastbarkeit der Grenzen der Teilnehmerstaaten dieses Vertrages, wie sie im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung entstanden sind, einschließlich der Grenzen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, zu gewährleisten.

Beide Seiten werden gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um jeglichen Erscheinungen des Revanchismus und Militarismus entgegenzuwirken und die strikte Einhaltung der mit dem Ziel der Festigung der europäischen Sicherheit abgeschlossenen Verträge anstreben.

Artikel 7

In Übereinstimmung mit dem Vierseitigen Abkommen vom 3. September 1971 werden die Hohen Vertragschließenden Seiten ihre Verbindungen zu Westberlin ausgehend davon unterhalten und entwickeln, daß Westberlin kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland ist und auch weiterhin nicht von ihr regiert wird.

Artikel 8

Im Falle eines bewaffneten Überfalls irgendeines Staates oder irgendeiner Staatengruppe auf eine der Hohen Vertragschließenden Seiten wird die andere Hohe Vertragschließende Seite dies als einen Angriff auf sich selbst betrachten und ihr unverzüglich jeglichen Beistand, einschließlich militärischen, leisten und sie in Ausübung des Rechts auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung entsprechend Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.

Über die auf Grund dieses Artikels ergriffenen Maßnahmen werden die Hohen Vertragschließenden Seiten unverzüglich den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen unterrichten und im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen handeln.

Artikel 9

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden sich in allen wichtigen internationalen Fragen gegenseitig informieren, konsultieren und ausgehend von der gemeinsamen Position, die entsprechend den Interessen beider Staaten abgestimmt wurde, handeln.

Artikel 10

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation und tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden, der in nächster Zeit in Berlin erfolgt, in Kraft.

Artikel 11

Dieser Vertrag wird für die Dauer von 25 Jahren abgeschlossen und automatisch um jeweils weitere zehn Jahre verlängert, wenn nicht eine der Hohen Vertragschließenden Seiten zwölf Monate vor Ablauf der Geltungsdauer den Wunsch äußert, ihn zu kündigen.

Ausgefertigt in Sofia am 14. September 1977 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und bulgarischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Für die Deutsche Demokratische Republik
E. Honecker

Für die Volksrepublik Bulgarien
T. Shiwkow

[Quelle: Sozialistische internationale Beziehungen. Grundsatzdokumente (= Aktuelle Beiträge der Staats- und Rechtswissenschaft, Heft 316), Potsdam 1985, S. 20-24.]